

Forderungen und Argumente:

Atomausstieg sofort und unumkehrbar - Ein Maßnahmenvorschlag

„Atomausstieg selbermachen“, die Kampagne ist gut und setzt die Energieversorger tatsächlich unter Druck. Aber es reicht nicht, wenn ein Teil der privaten Haushalte individuell die Versorgungsverträge ändert.

Die Ereignisse in Japan führen uns in bedrückender Art und Weise vor Augen, was nach den Reaktorunfällen von Harrisburg (USA) vor 32 Jahren und Tschernobyl (UdSSR, heute Ukraine) vor 25 Jahren längst hätte umgesetzt werden müssen: Die weltweite Ächtung der Atomenergienutzung sowohl im militärischen wie im zivilen Bereich. Die Hochachtung der Würde der Opfer von Fukushima erfordert nicht, wie jetzt manche konservative PolitikerInnen infamerweise sagten, das Schweigen der Politik, sondern ihr sofortiges Handeln, um eine Wiederholung diesmal auszuschließen.

Eine Technik, die grundsätzlich den Weltfrieden bedroht und schwerwiegende Altlasten für ungezählte Folgegenerationen verursacht, ist ethisch nicht vertretbar. Ihre Verbreitung ist ein Verbrechen an der Menschheit und der Natur. Damit der globale Atomausstieg gelingen kann, müssen große Industrieländer wie Deutschland jetzt ernst machen und ihre Energiepolitik radikal ändern. Die Zeit für kleine Schritte haben wir bereits in den letzten Jahrzehnten in Debatten mit der Atomlobby verspielt.

Jetzt sind unumkehrbare Maßnahmen zum sofortigen Atomausstieg und zur Umstellung der Energieversorgung auf ausschließlich erneuerbare Energiequellen erforderlich. Bereits jetzt ist es möglich, alle Schritte einzuleiten für einen schnellen Atomausstieg. Derzeit liegt der Anteil der Atomkraft am Energiemix in Deutschland bei etwa 11%, betrachtet man nur die Stromerzeugung, so liegt er bei etwa 22%.

1. Alle alten AKW, die noch schnell vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz „vorübergehend“ abgeschaltet wurden, dürfen nicht wieder in Betrieb genommen werden. Sie sind jederzeit verzichtbar, denn es gibt derzeit in Deutschland reichlich Überkapazitäten bei der Stromerzeugung. DIE LINKE hatte bereits am 16.3.2011 einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht.

2. Auch die Abschaltung der übrigen Atomkraftwerke muss in einem Atomausstiegsgesetz geregelt werden, um sicherzustellen, dass die Abschaltung der alten AKWs nicht wie bisher zur Verlängerung der Laufzeiten neuerer AKWs führt. Zudem müssen Entschädigungsforderungen der Atomkonzerne gesetzlich ausgeschlossen, aber deren finanzielle Verantwortung für sämtliche Folgekosten der Atomwirtschaft bis in ferne Zukunft sichergestellt werden. Dies muss auch die Kosten für statistisch belegte Gesundheitsfolgen (Anstieg der Krebsfälle im Umfeld von Atomanlagen) umfassen.
3. Um den Atomausstieg diesmal unumkehrbar zu machen, muss wie in Österreich das Verbot des Betriebs von Atomkraftwerken in die Verfassung. Dazu gehört selbstverständlich auch das Verbot von Atomwaffen und der Beförderung von spaltbarem Material, es sei denn zu friedlichen Zwecken unter Ausschluss der Energiegewinnung.
4. Der Export von Technologien und Produkten zur Nutzung der Atomenergie und für militärische Zwecke muss verboten werden. Die Anteilseignerschaft deutscher Konzerne und Banken an Atomkonzernen im Ausland muss ausgeschlossen werden; gleiches gilt für die Finanzierung ihrer Atomgeschäfte und -projekte. So darf nach dem Ausstieg von Siemens beim staatlichen französischen Atomkonzern Areva kein Atomdeal mit Russland folgen. Hermesbürgschaften für Atomprojekte in anderen Ländern sind auszuschließen.
5. Atomenergie kennzeichnet sich nicht nur durch ihre fürchterlichen Gefahren, sondern auch durch die extremen Kosten, die wir alle tragen müssen und die von den etablierten Parteien bisher geschickt verschleiert werden. Die Wahrheit des angeblich billigen Atomstroms sieht ganz anders aus!

Atomenergie wurde in dem Zeitraum von 1950 – 2010 laut Greenpeace mit 204 Milliarden Euro gefördert. Plus 100 Milliarden Euro bis zum Ausstieg - ohne Laufzeitverlängerung. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft errechnete, dass jede Kilowattstunde Atomstrom durch staatliche Regelungen mit 4,3 Cent subventioniert wird. Die Umlage zur Förderung der Erneuerbaren Energien über das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) beträgt derzeit nur zwei Cent pro Kilowattstunde.

Für die großen Energieversorger ist der Betrieb der abbeschriebenen Atomkraftwerke eine Goldgrube, für die Volkswirtschaft bedeutet er horrenden Kosten. Dazu gehören direkte Finanzhilfen des Bundes, Forschungsförderung, Kosten für die Atommüllendlager Asse II und Morsleben oder für die Stilllegung von (ostdeutschen) Atommeilern. Hinzu kommen Steuervergünstigungen in der Energiebesteuerung und durch die Regelungen bei den Entsorgungsrückstellungen sowie Zusatzeinnahmen der AKW-Betreiber durch den Emissionshandel. Staatliche Förderungen sind im Subventionsbericht der Bundesregierung einfach nicht erfasst. Auch die Folgekosten der abgeschalteten Kraftwerke und deren Rückbau werden nie erwähnt, die schrecklichen Folgen in dem Falle eines Unfalls für

die Menschen, die Natur und unsere Volkswirtschaft werden von der herrschenden Politik einfach verschwiegen. Damit muss Schluss sein.

6. Die staatliche und private Forschung an der Nutzung von Atomenergie ist als Irrweg einzustellen. Sie hat bereits Milliarden zum Schaden der Menschheit verschlungen.
7. Deutschland muss aus dem Euratom-Vertrag, der mit Lissabon festgeschrieben wurde, aussteigen und auf seine Auflösung hinwirken. Stattdessen muss sich Deutschland auf internationaler Ebene, insbesondere bei den Vereinten Nationen für ein globales Verbot der Atomenergie und der militärischen Atomtechnik einsetzen.

Würde der Anteil der erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung einfach nur wachsen, wie er seit 1990 gewachsen ist, so wäre rechnerisch bereits 2016 eine Vollversorgung im Stromverbrauch mit erneuerbaren Energien erreicht. Tatsächlich kann das Wachstum nicht einfach so fortgeschrieben werden, sondern es müssen die politischen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Es ist dringend erforderlich, Fehlentwicklungen in Bezug auf die erneuerbaren Energien zu korrigieren:

1. Die Einspeisevergütung für Solarstrom, deren Absenkung ausgerechnet die Grünen gegen Linke und SPD mitgetragen haben, muss wieder deutlich erhöht werden, damit das Wachstum der Solarenergie wieder beschleunigt wird. Gerade die Zahl der Solaranlagen auf Hausdächern und anderen Anlagen kann noch erheblich gesteigert werden, ohne dass es zu Konflikten mit anderen Interessen kommt. Sie ist zugleich ein wichtiges Element zur Dezentralisierung der Energieversorgung. Theoretisch könnten über 60% des Stromverbrauchs hierzulande allein durch Photovoltaik gedeckt werden.
2. Administrative Hemmnisse beim Ausbau der Windenergie im Binnenland müssen dringend abgebaut werden. Die (sinnvolle) Ausweisung von Vorzugsflächen für Windenergie darf nicht länger dazu führen, dass Windkraftanlagen an anderen geeigneten Standorten unmöglich gemacht werden. Windenergie allein könnte theoretisch den gesamten Strombedarf in Deutschland decken, ist allerdings teilweise konfliktbehafteter als Solarenergie.
3. Zum Ausgleich von Schwankungen des Stromangebots aus erneuerbaren Quellen müssen Ausbau und Entwicklung von Speichertechniken umfangreich gefördert werden. Als „Übergangstechnologie“ kommen allenfalls effiziente und reaktionsschnelle Gaskraftwerke infrage, vorzugsweise mit Biogas. Allerdings ist die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für den Anbau von Energieträgern ebenfalls eine Sackgasse. Biogas sollte vor allem aus Neben- und Abfallprodukten erzeugt werden, aber nicht mit der Erzeugung von Lebensmitteln konkurrieren, zur Ausweitung von Monokulturen oder zur Kultivierung von Naturflächen

führen. Übergangsweise kann auch der Import von Ökostrom aus anderen Ländern helfen, der entsprechend zu erleichtern ist.

4. Der Aufbau der Stromnetze muss konsequent an den künftigen Anforderungen für dezentral erzeugten Strom aus erneuerbaren Quellen ausgerichtet werden statt am Auslaufmodell Großkraftwerk. Die Netze müssen in öffentliche Hand überführt werden, um Zugangsbehinderungen durch die Konzerne zu verhindern.

Ein riesiges Potenzial steckt im Energiesparen. Allein der Standby-Betrieb von Geräten benötigt derzeit Strom, der zwei AKW entspricht. Laut Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie (ZVEI) ließen sich jährlich 6,5 % Strom sparen, wenn jeder dritte – statt derzeit jeder zwanzigste – Elektromotor mit einer elektronischen Drehzahlregelung ausgerüstet wäre. Durch konsequenten Einsatz bereits jetzt verfügbarer Technologien könnten bis zu 70 TWh eingespart werden, das entspräche etwa sechs Atomkraftwerken.

1. Der Neubau von Kraftwerken mit niedriger Effizienz sollte sofort verboten werden.
2. Ein bundesweites Stromeffizienz- und Einsparprogramm für Haushalte und Gewerbe sollte eingeführt werden.
3. Ein sogenanntes Top-Runner-Programm soll dazu führen, dass die jeweils energiesparendsten Produkte zum Maßstab der nächsten Produktgeneration werden.

Gerade DIE LINKE ist zur Durchsetzung dieses Programms gefragt, denn viele dieser Forderungen laufen den Interessen der Energieriesen entgegen, die mit anderen Parteien oft eng verbunden sind oder von deren ehemaligen Amtsträgern geführt werden. DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die sich nicht von Groß Spendern finanzieren lässt, die geschäftlich mit den Atomkonzernen verbunden sind. (Auch Die Grünen nehmen Spenden von der Allianz, die wiederum an RWE, E.ON, Siemens u.a. beteiligt ist.)

Nur DIE LINKE kann glaubhaft dafür eintreten, dass eine sozial gerechte Energiepolitik betrieben wird, die vermeidet, dass Haushalte mit geringem Einkommen zusätzlich belastet werden. Notwendig sind Maßnahmen, die gerade umgekehrt dazu beitragen, dass diese Haushalte besondere Unterstützung erhalten.

Zugleich unterstützt dieses Programm die Entstehung vieler neuer Arbeitsplätze in vergleichsweise personalintensiven mittelständischen Betrieben, stärkt die Mitbestimmung durch Regionalisierung und verringert die Importabhängigkeit und den Export von Energiekonflikten in andere Weltregionen.

Informationen: http://www.dielinke-nrw.de/nc/themen/anti_akw/